

innerhalb des Gebiets durchgeführt werden, stellen der Bund sowie das jeweilige Bundesland besondere Fördermittel bereit. Das Gesetz wurde in den 1970er-Jahren erlassen.

durch die Sanierung hat sich der Wert des Grund und Bodens in dem Gebiet erhöht. Die Differenz zwischen den Werten vor und nach der Sanierung muss gezahlt werden.

Nachlass von erst zwanzig, später zehn Prozent auf die Gesamtsumme erhalten. Bei frühzeitiger Zahlung kommt das Geld zudem der eigenen Kommune zugute. (fpe)

durchsucht und Material beschlagnahmt. König warf den Behörden in Sachsen später vor, Demonstranten gegen Neonazi-Aufmärsche zu „kriminalisieren“. (dpa)

## Streit um Programm gegen Rechts

Die SPD-Fraktion will die Fördergelder für Sachsens Demokratie-Projekte aufstocken. Die Regierung sieht dafür keinen Bedarf.

VON TINO MORITZ

**DRESDEN** – Besuch einer Berufsschulklasse in einer Töpferwerkstatt im Raum Leipzig: Eine Auszubildende im zweiten Lehrjahr war ganz besonders fleißig und schuf einen Teller – in Hakenkreuzform. Susann Rührich vom Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) spricht

von Fällen wie diesen, in denen Ausbilder nicht mehr weiterwissen und telefonisch dringend um Hilfe bitten. Im Leipziger NDC-Büro wird ihnen allerdings nicht mehr lange geholfen werden können. Es steht vor dem Aus, 30.000 Euro fehlen. „Wir schließen, ohne dass uns jemand die Qualität absprechen würde“, sagt Geschäftsführerin Rührich.

Die Netzwerk-Idee, in Schulen und Berufsschulen Argumente gegen Fremdenhass zu präsentieren, hat längst auch in anderen Bundesländern Nachahmer gefunden. Sachsens SPD – ihr Vorsitzender Martin Dulig ist Mitbegründer und Vorstandschef beim NDC – nimmt den Fall nun zum Anlass, eine Re-

form des seit 2005 bestehenden Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ anzumahnen. Das nennt der Landtagsabgeordnete Henning Homann immer noch stolz eine „SPD-Erfindung“, die aber unter dem Regierungswechsel 2009 hin zu Schwarz-Gelb gelitten habe. Er weist dazu etwa auf die Extremismusklausel und zu viel Bürokratie für die Antragsteller. Das will die SPD ändern, aber zugleich auch die Fördermittel auf fünf Millionen Euro aufstocken. Flächendeckend sollen Netzwerkstellen aufgebaut werden. Verlangt wird auch ein „Sachsen-Monitor“, um Trends bei politischen Einstellungen wissenschaftlich verlässlich zu erfassen.

Das CDU-geführte Innenministerium macht der SPD indes wenig Hoffnungen. Eine Aufstockung von derzeit mehr als drei auf fünf Millionen Euro wäre „zu viel“, diese Summe könne „nicht wirksam ausgeschöpft werden“. Und was das NDC betrifft: Das werde mit 150.000 Euro für Projektschulstage bereits jetzt mit am meisten gefördert, eine höhere Summe sei „nicht realistisch“. Tatsächlich war das Azubi-Projekt ursprünglich vom Wirtschaftsministerium bezuschusst worden. Weil das FDP-geführte Haus laut Rührich keine „höheren staatlichen Interessen“ erkennen konnte, wäre nur noch ein niedriger Fördersatz drin gewesen. Zu wenig fürs NDC.